

Zwischen Krisendeutung und Kriegsszenarien. Bevölkerungspolitische Vorstellungen in Deutschland und Frankreich (1870–1918)¹

Im Berliner Tageblatt vom 22. März 1914 schrieb Werner Sombart einen ausführlichen Artikel mit der Überschrift „Abnahme der Bevölkerung, ein praktisch-politisches Problem in wissenschaftlicher Beleuchtung“. Der Ökonom räumte in dem Artikel der Wissenschaft eine Leitfunktion für die Politik ein und meinte, dass „es ein Segen ist, wenn die Praktiker sich möglichst viel um die Ergebnisse der Forschung kümmern“, überhaupt bedürfe „zielsichere Politik der Wissenschaft.“ Anschließend veranschaulichte Sombart seine These am Problem der Bevölkerungsabnahme und betonte die kritische und systematisierende Aufgabe der Wissenschaft insbesondere für dieses politische Problem. Ähnlich wie Sombart hatte ein Vierteljahrhundert früher der französische Soziologe Arsène Dumont argumentiert. In dem Buch *Dépopulation et Civilisation* aus dem Jahr 1890 behauptete Dumont, dass die neuen Sozialwissenschaften, darunter vor allem die Soziologie, als Leitwissenschaften der praktischen Politik dienten. Im Zentrum der Soziologie stecke, so Dumont, immer eine Theorie der *Natalité*, also der Geburtenziffer².

In den Beispielen zeichnete sich gleichermaßen – ganz allgemein gesprochen – der Anspruch zweier Wissenschaftler ab, in Bevölkerungsfragen beratend in die Politik einzugreifen. In beiden Fällen deuteten die Wissenschaftler die Bevölkerungsentwicklung als zentrales wissenschaftliches und politisches Problem der Zeit. Die zwei Stellungnahmen lassen sich in eine breite Diskussion über den Geburtenrückgang einordnen, die sowohl in Deutschland als auch in Frankreich – wenn auch zu verschiedenen Zeitpunkten und in unterschiedlicher Form – geführt wurde. Im folgenden möchte ich vergleichend für Frankreich und Deutschland untersuchen, welche Ordnungsvorstellungen an

1 Der Aufsatz basiert auf einem Vortragsmanuskript, das ich erstens auf der Tagung des DFG-Schwerpunktprogramms „Das Konstrukt der Bevölkerung vor, während und nach dem Nationalsozialismus“ vom 6.-8. März 2003 in Bayreuth und zweitens auf dem Workshop „Akteure und Institutionen. Methodische Fragen zwischen Geschichts- und Politikwissenschaft“, Frankreich-Zentrum/Berlin, 30.-31. Mai 2003, vorgestellt habe. Ich danke den TeilnehmerInnen für die zahlreichen Anregungen und Sylvia Kesper-Biermann, Patrick Krassnitzer sowie Daniel Schmidt für das Korrekturlesen des Manuskripts.

2 Arsène Dumont, *Dépopulation et civilisation. Etude démographique*, Paris 1890, VII-X.

der Schnittstelle von Wissenschaft, Verwaltung und Politik Bevölkerungsfragen strukturierten und welche politischen Handlungsräume sich damit eröffneten. Ich werde dabei die These entwickeln, dass die Interpretation militärischer Niederlagen, die Antizipation zukünftiger Konflikte sowie Kriegsrhetorik die Formulierung von Bevölkerungsfragen entscheidend prägten. Am Beispiel von verschiedenen Kommissionen³, die zwischen 1870 und 1918 in beiden Staaten zur Diskussion über Geburtenrückgang, Mortalitätsraten und Raum zusammentraten, zeige ich, wie Wissenschaftler, Verwaltungsbeamte und Politiker um das Deutungsmonopol in Bevölkerungsfragen konkurrierten. Daran schließt sich die Untersuchung, welche Aufgabe und Reichweite bevölkerungspolitischen Maßnahmen eingeräumt wurde und was überhaupt im Untersuchungszeitraum unter Bevölkerungspolitik – ein Begriff der zunächst in Deutschland nach 1900 verstärkt auftauchte –, verstanden wurde.

Die Darstellung gliedert sich in drei Abschnitte: Erstens geht es um verschiedene Expertenkreise in Frankreich, in denen die *dépopulation* als wissenschaftliche Fragestellung und politisches Argument eine zentrale Rolle spielte. Zweitens wird dargestellt, in welchem Kontext die Idee der „Entvölkerung“ in Deutschland aufgegriffen und mit einem bevölkerungspolitischen Programm verknüpft wurde. Im dritten Abschnitt fasse ich die Ergebnisse zusammen.

1. *Dépopulation* als Krisendeutung und -antizipation.

Der Fall Frankreich

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts diskutierten Verwaltungsfachleute, Ökonomen und Mediziner in zahlreichen Schriften über die Größe der französischen Bevölkerung. Nicht selten interpretierten sie dabei Tabellen der *Statistique Générale de France*, also des staatlichen Zensusbüros, das regelmäßig detaillierte Statistiken veröffentlichte, die unter anderem die Geburten- und Sterbeziffern dokumentierten⁴. In der Regel äußerten sich die Wissenschaftler und Verwaltungsbeamten dabei in neutralen oder sogar positiv besetzten Termini über die Bevölkerungsentwicklung; sie sprachen etwa über das Bevölkerungswachstum (*augmentation de la population*) oder über den Rückgang der Sterblichkeit (*diminution de la mortalité*)⁵. Gleichwohl existierte vor 1870, insbesondere unter den Medizinern, eine Strömung, die einen Zusammenhang

3 Im Mittelpunkt der Darstellung stehen jeweils Expertenkreise als institutionalisierte, zeitlich begrenzt zusammentretende Zusammenschlüsse sowie Expertennetzwerke, die längerfristig existierten.

4 Alain Desrosières. *La Politique des Grands Nombres. Histoire de la Raison Statistique*, Paris 1993, 182.

5 Siehe zum Beispiel Paul Broca, *Sur la prétendue dégénérescence de la population française*. Paris 1867, 1.

sah zwischen Schwankungen im Bevölkerungswachstum und Dekadenz, Degeneration oder Verfall (*dépérissement*). Der Arzt Jules Guérin führte zum Beispiel in den sechziger Jahren den Nachweis, dass die Rekruten – wie die Bevölkerung insgesamt – zunehmend kleiner seien und führte die „Dekadenz der französischen Rasse“ auf chronische Krankheiten zurück. Diese pessimistische Sicht war allerdings eher marginal und umstritten; neben anderen vertrat der Anthropologe Paul Broca⁶ die Ansicht, dass die Schwankungen in der Entwicklung der Größe der Bevölkerung kaum bedenklich seien, da die Franzosen nach Niederlagen immer wieder die Fähigkeit zur Regeneration gezeigt hätten. Überhaupt, so meinte Broca wie viele andere, existiere gar kein kontinuierlicher Bevölkerungsrückgang⁷.

Nach dem deutsch-französischen Krieg trat diese optimistische Interpretation der Bevölkerungsentwicklung in den Hintergrund. Das zeigte sich zum Beispiel auf dem Medizinischen Kongress von Lyon, einem Expertenkreise für Bevölkerungsfragen, im Jahre 1872. Dessen Organisatoren setzten auf ihre Tagesordnung an zentrale Stelle den Punkt „Gründe der *dépopulation* in Frankreich und Mittel, um dieser entgegenzuwirken“⁸. Entsprechend gingen die Redner dieser Sektion, deren Beiträge kurze Zeit später veröffentlicht wurden, auf das Problem der *dépopulation* ein und brachten damit einen Begriff in Umlauf, der zwar zuvor bekannt gewesen war, von nun an aber eine subtile Erklärungskraft, vor allem für die militärische Niederlage Frankreichs, entwickeln sollte. Obwohl bis 1870 lediglich ein Geburten-, nicht aber ein Bevölkerungsrückgang nachweisbar gewesen war⁹, rückte mit dem Kongress in Lyon das Phänomen der Entvölkerung als Fakt und wissenschaftliche Fragestellung ins Zentrum der Aufmerksamkeit; die Vorsilbe der Wortschöpfung *dé-population* erinnerte dabei an negative Erscheinungen wie Degeneration, Dekadenz oder *Dépérissement* (Verfall).

Mit der *dépopulation* formulierten die Mediziner vergleichsweise früh eine für die Zeitgenossen nachvollziehbare Erklärung für die Kriegsniederlage¹⁰. Dabei verwundert es kaum, dass sich ausgerechnet die Mediziner dazu in der

6 Der Mediziner Paul Broca gründete im Jahre 1859 die Anthropologische Gesellschaft von Paris, dazu: Laurent Mucchielli, *La découverte du social. Naissance de la sociologie en France*, Paris 1998, 28ff. und 53-55.

7 Zur Auseinandersetzung Brocas mit Jules Guérin: Broca, *Sur la prétendue* (Anm. 5), 2ff.

8 A. Caron, *Des causes de la dépopulation en France et des moyens d'y remédier*, Lyon 1873.

9 Zu statistischen Daten, politischen und wissenschaftlichen Debatten über Geburtenregelung etc. liegt das materialreiche, ausführliche Werk von Christiane Diemel vor. Christiane Diemel, *Kinderzahl und Staaträson. Empfängnisverhütung und Bevölkerungspolitik in Deutschland und Frankreich bis 1918*, Münster 1995, 26.

10 Neben der *dépopulation* existierten auch andere Erklärungen für die Kriegsniederlage, dazu: Claude Digeon, *La crise allemande de la pensée française (1870–1914)*. Paris 1959, besonders 74ff.

Lage sahen: Ihr Urteil war wesentlich bei der Musterung der Rekruten; somit verfügten sie aus ihrer Sicht über intime Kenntnisse, was die militärische Stärke der Nation anbelangte. Im einzelnen griffen die Ärzte Argumente auf, die teilweise bereits vor 1870 verwandt worden waren, nun aber neue Überzeugungskraft gewannen. A. Caron warf zum Beispiel der französischen Elite tiefgreifende Dekadenz vor, die sich am unmäßigen Alkohol- und Tabakkonsum junger Männer ebenso wie an der verbreiteten Abtreibungspraxis junger Paare ablesen lasse. Der Blick des Mediziners richtete sich demnach keineswegs nur auf die jungen Männer und Rekruten, sondern mindestens ebenso intensiv auf junge Frauen, die rechtzeitig auf die Säuglingspflege vorbereitet und vor allem in die „wahren weiblichen Freuden“ eingeführt werden müssten¹¹. Andere Redner empfahlen sich in ihrer Kompetenz als Mediziner, die allein in der Lage seien, „das soziale Problem der *dépopulation*“ zu lösen¹². Mit dem Verweis auf soziale Probleme hatten die Experten konkret die Organisation der Säuglingsfürsorge vor Augen – ein zentrales Experimentierfeld der Mediziner zu dieser Zeit¹³. Mit dem diffusen Begriff der Entvölkerung benannten die Mediziner also nicht nur einen Grund für die Kriegsniederlage, sondern auch – erfolgreich – politische Handlungsfelder: Im Jahre 1874 wurde zum Beispiel das sogenannte Gesetz Roussel verabschiedet, mit dem das Ammenwesen von Grund auf neu organisiert und streng kontrolliert wurde. 1878 kam es zur Wiedereinführung von Drehtüren in karitativen Einrichtungen, wo ledige Mütter ihre Kinder anonym abgeben konnten¹⁴. Sämtliche Maßnahmen dienten der Verbesserung der Säuglingsfürsorge, was eine spezifische Verantwortung der Frauen für die Wehrkraft der Nation implizierte. In jedem Fall diente die medizinische Expertise „der nationalen Regeneration“ und dem Schutz vor einer „deutschen Invasion“. Somit unterstützten sowohl die Gesellschaftsdiagnose der Mediziner als auch die vorgeschlagenen Maßnahmen ein Revanchedenken, das in der III. Republik weit verbreitet war.

11 Caron, *Des causes* (Anm. 8), 12.

12 Brochard, *Des causes de la dépopulation en France et des moyens d'y remédier*. Mémoire lu au congrès médical de Lyon, Lyon 1873, 10.

13 Ebd., 11ff., vgl. auch den Bericht des Präsidenten der Kinderschutzgesellschaft von Lyon und Ex-Chirurgen A. Rodet, *Des causes de la dépopulation en France et des moyens d'y remédier*, Paris 1873.

14 Dienel, *Kinderzahl* (Anm. 9), 79. Repressive Maßnahmen waren zu dieser Zeit noch eher schwach ausgebildet: Zwar konnte die Werbung für Verhütungs- oder Abtreibungsmittel auf der Grundlage des Gesetzes vom 2. August 1882 verfolgt werden, das die Verletzung der öffentlichen Sittlichkeit mit Gefängnis- oder Geldstrafe belegte. Am 16. August wurde das Gesetz auf nichtöffentliche Werbung ausgedehnt und das Strafmaß erhöht. Die Rechtsprechungspraxis blieb aber tendenziell milde. Erst das Gesetz vom 31. Juli 1920 erklärte neomalthusianische Propaganda für illegal. Dazu Dienel, 66-68.

Für Bevölkerungsfragen im Zeichen der „nationalen Regeneration“ interessierten sich allerdings nicht nur Mediziner. Das zeigte sich besonders deutlich an der Einrichtung einer Kommission zur Bekämpfung der *dépopulation* nach der Jahrhundertwende. Die Initiative zur Bildung der Kommission ging von politischer Seite aus: Am 22. November 1901 nahm der französische Senat auf Antrag des Radikalsozialisten G. Bernard den Vorschlag an, eigens eine Kommission zur Untersuchung der *dépopulation* einzurichten. Am 21. Januar 1902 benannte der fortschrittlich-liberale Ministerpräsident Pierre Waldeck-Rousseau 67 Kommissionsmitglieder, die sich Ende Januar zum ersten Mal trafen. Die Kommission vereinte Parlamentarier, Mediziner, Vertreter staatlicher Einrichtungen, Akademien, Universitäten und privater Vereine, darunter eine Reihe von Personen, die sich in dem inzwischen weit verzweigten Netzwerk von Experten zur *dépopulation* einen Namen gemacht hatten: Emile Levasseur, Jacques Bertillon, Lucien March, Arsène Dumont und viele mehr¹⁵.

Im Jahre 1902, also zum Zeitpunkt des Zusammentretens der Kommission, stellte die Partei der Radikalsozialisten – eine spezifisch französische Variante des linken demokratischen Flügels –, die stärkste Fraktion im Parlament. Die Partei zeichnete sich unter anderem durch ihre Kritik am liberalen Parlamentarismus der III. Republik und an sozialer Ungleichheit sowie durch ihren militanten Laizismus aus¹⁶. Die Initiative Bernards zur Einrichtung der Kommission ist daher als Versuch zu werten, soziale Probleme – wie sie zum Beispiel bei kinderreichen Familien beobachtet wurden –, durch staatliche Intervention zu regulieren. Allerdings gestaltete sich die konkrete Zusammenarbeit in der Kommission, die sich in eine Unterkommission zur *natalité* und zur *mortalité* aufgliederte, schwierig: Die versammelten Experten hatten große Mühe, sich auf ein Verfahren zu einigen sowie eine klare Zielsetzung der Kommission zu definieren. Vor allem blieb umstritten, ob es in erster Linie um die theoretische Erklärung der *dépopulation* oder um deren Bekämpfung gehen sollte¹⁷. Ferner scheiterte eine effektive Zusammenarbeit mit dem Parlament, das der Kommission Gesetzesvorlagen zur Beratung vorlegte. Im Hinblick auf konkrete bevölkerungspolitische Maßnahmen bewirkte die Kommission entsprechend wenig. Nichtsdestotrotz oder gerade deshalb ist ihre Arbeit aus zwei Gründen aufschlussreich: Die Sitzungsprotokolle belegen erstens, dass sich nach 1900 über Partei- und Disziplinargrenzen hinweg nahezu ein Konsens dar-

15 Ebenda, 72ff.

16 Dazu jüngst: Klaus-Peter Sick, Vom Opportunisme zum Libéralisme autoritaire. Die Krise des französischen Parlamentarismus 1885–1940, in: Geschichte und Gesellschaft 2003/1, 66–104, 72.

17 Gedruckte Protokolle der Commission de la dépopulation, sous-commission de la natalité, z. B. séance du 12 février 1902, 4ff., vor allem séance du 5 mars 1902, 7.

über herausgebildet hatte, welche Ursachen der Geburtenrückgang in Frankreich hatte. In diesem Zusammenhang spielte der eingangs erwähnte und in die Kommission berufene Soziologe Arsène Dumont mit seiner Theorie der *capillarité sociale* eine wichtige Rolle¹⁸. Dumont hatte durch empirische Untersuchungen in kleineren Städten und Orten den Konnex von Geburtenrate, Sterblichkeit, Landflucht und Wohlstandsentwicklung“ studiert¹⁹. Unter *capillarité sociale* verstand Dumont den Wunsch der Menschen, einer höheren sozialen Klasse als der eigenen anzugehören. In einer egalitären Demokratie könne sich, so Dumont, die *capillarité sociale* ungebremst entfalten, in einer Monarchie sei sie reglementiert. Entsprechend strebten in einer egalitären Demokratie mit ökonomischer Ungleichheit nahezu alle danach, den Lebensstil der reichen Familien – die in der Regel wenige Kinder hätten –, nachzuahmen²⁰. Dumont zählte, wie bereits erwähnt, zu den Wissenschaftlern, die den Anspruch erhoben, die Politik leiten zu können. Dabei forderte er die Vorherrschaft der Soziologie in Bevölkerungsfragen ein, die bislang vornehmlich in der Ökonomie behandelt worden seien²¹. Er vertrat die Ansicht, dass eine soziologisch orientierte Demographie zur „wahren Demokratie“ führe, in der die *capillarité sociale* sinnvoll kanalisiert werde. Die gleichmäßige Verteilung von kleinem Eigentum durchbreche die Oligarchie reicher Familien, führe das Prinzip der Solidarität für das Kollektiv und damit ein gleichmäßiges Bevölkerungswachstum ein²².

Nicht alle Kommissionsmitglieder hatten eine gleichermaßen ambitionierte politische Vision wie Dumont; aber fast alle erkannten – wenn auch aus unterschiedlichen Positionen – die Anziehungskraft des Wohlstands als zentrale Ursache für den Geburtenrückgang an. Ohne die Positionen Dumonts bis in alle Einzelheiten zu teilen, leitete Jacques Bertillon – Leiter des Statistischen Amtes der Stadt Paris und Mitbegründer des pro-natalistischen Vereins *Alliance pour l'accroissement de la population française* –, aus Dumonts Theorie eine „soziale Pflicht zur Geburt“, ab – eine Formel auf die sich sämtliche Experten einlassen konnten²³. Um einen Anreiz zu schaffen, die soziale Pflicht

18 Ebd., z. B. 10ff. Ein zentrales Werk von Dumont wurde bereits oben erwähnt.

19 Dumont, *La dépopulation* (Anm. 2), VII, siehe auch ders., *Essai sur la natalité au Massachusetts*. Extrait du *Journal de la Société de Statistique de Paris*, Nancy 1898, insbesondere 38ff.

20 Dumont, *La dépopulation* (Anm. 2), 127. Die Idee der *capillarité sociale* wurde auch von Emile Zola durch den Roman *La Fécondité*, Paris 1899 verbreitet. Dessen Einfluß auf die Diskussion über den Geburtenrückgang ist noch genauer zu untersuchen. Zu Zolas Frankreich-Visionen nach 1870: Digeon, *La crise allemande* (Anm. 10), 284ff.

21 Dumont, *La dépopulation* (Anm. 2), 15-17.

22 Ebenda, 130f.

23 Zur Anerkennung der Position Dumonts: Protokolle der Commission de la dépopulation, sous-commission de la natalité, séance du 12 mars 1902. 9-25. Zur sozialen Pflicht,

zur *natalité* auch tatsächlich zu erfüllen, schlug die Kommission eine Reihe von Maßnahmen „zur Stärkung des Familiensinns“ vor²⁴. Konkret gemeint war damit die finanzielle Entlastung von kinderreichen Familien oder zuge-spitzt formuliert, eine Familienpolitik, wie sie auch von den zahl- und einflussreichen privaten Vereinigungen zur Bekämpfung der *dénatalité* gefordert wurde. Die Expertenkommission setzte die ausgearbeiteten Maßnahmen allerdings nicht durch. Zum einen hing dies mit wechselnden Parlamentsmehrheiten, zum anderen mit finanziellen Engpässen zusammen, die durch die Einführung der Alters- und Invalidenrente sowie die Gesetze zur kostenlosen medizinischen Versorgung entstanden waren²⁵. Die Experten traten ferner – und das ist der zweite Punkt, warum die Kommissionsarbeit gerade wegen ihres geringen Einflusses auf die konkrete Politik aufschlussreich ist – in einer Phase zusammen, in der das Revanchedenken eher hinter innenpolitischen Querelen zurückstand. Zwar verwiesen sämtliche Kommissionsmitglieder auf die Bedeutung der Bevölkerungsgröße für die Stärke des Vaterlandes; aber der mobilisierende Faktor des Revanchedenkens griff in dieser Phase kaum.

Das änderte sich schlagartig im Jahre 1912, in dem das Revanchedenken in eine neue Phase trat: Präsident Poincaré kündigte in diesem Jahr eine aggressive Revanchepolitik gegen Deutschland an und unterbreitete den Vorschlag, das Heer durch die Einführung einer dreijährigen Dienstpflicht zu vergrößern. Zunächst stieß er damit auf großen Widerstand: Erstens stand dieser Schritt der republikanischen Idee der *nation armée* entgegen, zweitens bedurfte es einer umfassenden Steuerreform zur Finanzierung des Projektes²⁶. Um die Akzeptanz für die umstrittene Heeresvorlage zu vergrößern, nutzte Poincaré propagandistisch die Nachricht, dass 1911 erstmals seit langer Zeit wieder die Geburten- unter der Sterblichkeitsrate geblieben war. Parallel zur Planung der militärischen Mobilmachung wurde 1912 per Dekret angeordnet eine interministerielle Kommission zur Bekämpfung der *dépopulation* einzurichten, die auf Arbeitsvorlagen und Verfahrensweisen der ersten Kommission zurückgreifen konnte. Beim dritten Expertenzirkel, der nur kurz behandelt wird, spielten militärische Fragen explizit eine wichtige Rolle²⁷. Poincaré nutzte die Kommission, um die skeptische Bevölkerung von der Notwendigkeit Heeresvorlage zu überzeugen. Dabei stützte er sich auf den nationalen Konsens, der

das Vaterland nicht nur militärisch, sondern auch durch Geburten zu stärken: Ebd., Séance du 2 Juillet 1902, 24.

24 Ebenda, Séance du 2 juillet 1902 insgesamt.

25 Diemel, Kinderzahl (Anm. 9), 80.

26 Zu Heeresvorlage und Steuerreform: Gerd Krumeich, Aufrüstung und Innenpolitik in Frankreich vor dem Ersten Weltkrieg. Die Einführung der dreijährigen Dienstpflicht 1913–1914, Wiesbaden 1980, insbesondere 54, 121ff, 163ff.

27 Ausführlicher zur Kommissionsarbeit Diemel, Kinderzahl (Anm. 9), 75.

sich in der Frage der *dépopulation* seit 1870 über Parteigrenzen hinweg und in der Bevölkerung herausgebildet hatte. Als die Heeresvorlage schließlich nach zähem Ringen verabschiedet wurde, gingen damit als „Nebenprodukt“ einige familienpolitisch relevante Gesetze einher: In das Finanzgesetz von 1914 wurden Kredite zur Unterstützung bedürftiger Familien mit mindestens vier Kindern aufgenommen, ferner legte das Parlament mit der neu eingeführten Einkommenssteuer einen geringen Steuerfreibetrag für Kinder fest²⁸. Hier zeichnete sich vage die Verschiebung von der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit hin zu einer Familienförderung ab. Während des Ersten Weltkriegs rückten bevölkerungspolitische Maßnahmen dann eher in den Hintergrund – die inhaltlichen Positionen der Experten für Bevölkerungsfragen änderten sich kaum²⁹.

2. Erfahrungsvorsprung und Bevölkerungspolitik. Der Fall Deutschland

Als die französische Regierung 1912 die zweite Kommission zur Erforschung der *dépopulation* einrichtete und die Revanche-Politik ankündigte, erschienen in Deutschland eine Reihe von Zeitungsartikeln, die beide Ereignisse in einen Zusammenhang brachten. In der Schlesischen Volkszeitung vom 7. Juli 1912 schrieb ein anonymes Journalist unter dem Titel „Deutschlands sittlicher Verfall“ folgenden Zeilen:

„Eine erschütternde Trauerbotschaft ist dem französischen Volke verkündet worden. Im Jahre 1911 hat die Bevölkerungsbewegung nicht wie seit Jahrzehnten stagniert, nein die Zahl der Todesfälle hat die der Geburten übertroffen. Mit einem Defizit von 35.000 Seelen ist Frankreich in das neue Jahr eingetreten. Die ‚grande nation‘ droht auszusterben, die Großmachtstellung gerät ins Wanken, der Revanchegedanke muß verblassen... Als Frankreich und Deutschland 1871 Frieden schlossen, zählten beide Nationen die gleiche Bevölkerung. Seitdem hat Deutschland seinen Erbfeind um 25 Millionen Menschen überflügeln können. Alljährlich, wenn die Statistik das geringe Fortschreiten oder gar die Stagnation des französischen Volkes meldete, gab man bei uns berechtigter Freude Ausdruck. Wir waren ein enorm wachsendes Volk, unsere Nation war kerngesund, wir kannten keine moralische Dekadenz.“³⁰

28 Ebenda, 81.

29 Das gilt vor allem für die Regierungs-, Ministerial-, und parlamentarische Ebene. Ungeklärt ist bislang, wie die Diskussion in den pronatalistischen Vereinen, in den Zeitungen und in der Bevölkerung verlief. Erst wenn diese Quellen ausgewertet sind, ist eine gesicherte Aussage darüber möglich, ob sich Bevölkerungsfragen in Frankreich während des Ersten Weltkriegs tatsächlich weniger oder auf andere Weise radikalisierten als in Deutschland.

30 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Hauptabteilung I, Rep. 76, VIII B, Nr. 2011. Weitere Artikel zu dem Thema befinden sich ebd., z. B. im Leipziger Tageblatt vom 15. Juni 1912 oder in der Berliner Morgenpost vom 23. Juni 1912.

Nun zeigten sich aber auch in Deutschland, so der Journalist, seit einigen Jahren Spuren des „Verfalls“. Der Artikel belegt exemplarisch, wie genau man auf deutscher Seite die Bevölkerungsentwicklung in Frankreich beobachtete. Die letzten Zeilen, in denen von „Dekadenz und Verfall“ die Rede ist, zeigen ferner den Transfer von Deutungsmustern in Bevölkerungsfragen, die von Frankreich ausgehend in Deutschland übernommen wurden. Unter dem Eindruck der äußeren Gefahr durch Frankreich und der inneren Bedrohung durch vermeintlichen „Verfall“ begannen Politiker und Bevölkerungstheoretiker, die drohende „Entvölkerung“ zum ersten Mal auch in Deutschland umfassend zu untersuchen, wobei die seit Jahrzehnten beobachtete französische Diskussion eine wichtige Rolle spielte.

Eine medizinische Expertenkommission des preußischen Innenministeriums von 1912 prognostizierte die vermeintliche Gefahr der Entvölkerung für Deutschland und machte sie allgemein bekannt. Auf Einladung des Innenministers von Dallwitz traten im Oktober 1911 die Mitglieder der wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen zusammen, um über die Ursachen des Geburtenrückgangs in Deutschland zu beraten. Kurz zuvor war bekannt geworden, dass in Frankreich in diesem Jahr seit längerer Zeit zum ersten Mal wieder die absolute Geburtenziffer unter jener der Sterblichkeitsrate lag³¹. Aus drei Gründen nahm man die Nachricht zum Anlaß, auch den Geburtenrückgang in Deutschland genauer zu untersuchen: Erstens war bekannt, dass der französische Nachbar aufgrund der *dépopulation* den Krieg verloren zu haben meinte, zweitens drohte ein neuer Konflikt, drittens vermochte die neomalthusianische Bewegung, den Geburtenrückgang zusätzlich zu verstärken³². Auch die Bevölkerungstheoretiker entdeckten zu dieser Zeit den Geburtenrückgang als ernstzunehmendes wissenschaftliches Problem³³. Sowohl die politische Initiative des Innenministeriums als auch die neue wissenschaftliche Strömung kamen somit einem Paradigmenwechsel gleich: Bislang hatte man sich in erster Linie mit dem Problem der Überbevölkerung und Nahrungsmittelknappheit beschäftigt³⁴ – obwohl sich der Abstand zwischen Geburten- und

31 Rückblickender Aktenvermerk von Krohne vom 27. April 1917, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Hauptabteilung I, Rep. 76, VIII B, Nr. 2000.

32 Zu der kontroversen neomalthusianischen Diskussion: Ursula Ferdinand, *Das Malthusische Erbe. Entwicklungsstränge der Bevölkerungstheorie im 19. Jahrhundert und deren Einfluß auf die radikale Frauenbewegung in Deutschland*, Münster 1999, v. a. 225ff.

33 Ein prominentes Beispiel ist Julius Wolf, *Der Geburtenrückgang. Die Rationalisierung des Sexuallebens in unserer Zeit*, Jena 1912. Zur Legitimierung des neuen Untersuchungsobjektes „Geburtenrückgang“ warf man nicht selten den Kathedersozialisten vor, die Bevölkerungsentwicklung nicht ausreichend wissenschaftlich berücksichtigt zu haben. Vermutlich steht der Paradigmenwechsel auch in einem Zusammenhang mit der Ablehnung der Sozialdemokratie, die 1912 zur stärksten Reichstagsfraktion wurde.

34 Zum Paradigmenwechsel mit weiterführenden Literaturhinweisen: Ursula Ferdinand, *Geburtenrückgangstheorien in der Nationalökonomie Deutschlands zwischen 1900 und*

Sterbeziffer bereits seit 1900 verringert hatte und seither ein Geburtenrückgang feststellbar war³⁵. Offensichtlich nahmen Bevölkerungstheoretiker und Politiker den demographischen Knick aber erst im Kontext der äußeren Bedrohung als gravierendes Problem wahr, wobei sie die Verknüpfung von Kriegsniederlage und *dépopulation* aufgriffen und neu einordneten.

Insofern ist es keineswegs ein Zufall, dass die preußische Kommission parallel zu der interministeriellen Kommission in Frankreich tagte: Beide Expertenkreise hatten im Zeichen zwischenstaatlicher rhetorischer Konfliktverschärfung einheitsstiftende Wirkung nach innen und eine mobilisierende Wirkung nach außen. Allerdings spielten explizit militärische Fragen in Frankreich zunächst eine größere Rolle als in Deutschland. Auf preußischer Seite bemühte man sich, überhaupt erst einmal eine kohärente Erklärung für das Phänomen zu formulieren. Zu diesem Zweck führte das Innenministerium 1912 eine Umfrage in den Regierungsbezirken durch, bei der Kreisärzte und Gynäkologen die Gründe für einen Geburtenrückgang benennen sollten³⁶. Die im Ministerium eingegangenen Berichte hatten im wesentlichen einen Tenor: Ähnlich wie in Frankreich schlossen die Mediziner Entartung und Degeneration als Ursache für die rückläufige Bevölkerungsbewegung aus. In zahlreichen Berichten griff man Arsène Dumonts Idee der *capillarité sociale* auf; im allgemeinen, so berichteten die Ärzte, habe der „Wille zur Kinderlosigkeit“ aus materiellen Interessen von den oberen auf die unteren sozialen Schichten übergegriffen³⁷.

Der ministerielle Runderlaß bot den Medizinem nicht nur die Gelegenheit, eine Gesellschaftsdiagnose zu formulieren und den Geburtenrückgang als soziales Phänomen zu deuten. Darüber hinaus trug er erfolgreich dazu bei, die Gefahr der Entvölkerung – zumindest in Preußen – allgemein bekannt zu machen. Ein Journalist stellte in den Berliner Neuesten Nachrichten vom 5. Februar 1912 fest, „dass die Umfrage die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf das wichtige Thema gelenkt und aus der bisherigen Gedankenlosigkeit aufgestört habe“. Zugleich unterstützte er die mobilisierende Wirkung der Enquête zur Abwehr einer diffusen Gefahr, indem er schrieb:

„Leider ist ja die Erkenntnis, dass der Geburtensturz, von dem man bereits jetzt sprechen muß, unser nationales Verhängnis werden kann, noch nicht überall durch-

1930, in: Rainer Mackensen (Hrsg.), *Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik vor 1933*, Berlin 2002, 135-158.

35 Diemel, *Kinderzahl* (Anm. 9), 26.

36 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Hauptabteilung I, Rep. 76, VIII B, Nr. 1998.

37 Vgl. zum Beispiel Punkt V der Tagesordnung, Sitzung der westpreußischen Ärztekammer vom 10.11.1912, Referent Heynacher-Graudenz, in ebd., Nr. 2006.

gedrungen, aber die gewaltige Mehrheit scheint doch davon überzeugt zu sein, dass wir hier vor einer gewaltigen Gefahr stehen“³⁸.

Etwas weniger dramatisch schätzte vor dem Ersten Weltkrieg Julius Wolf, Nationalökonom, die Gefahr der Entvölkerung ein: Wolf stand in engem Kontakt mit dem preußischen Innenministerium und betonte, dass Deutschland der französischen Entwicklung etwa ein Jahrhundert hinterher sei³⁹. Daraus ergab sich für ihn zunächst die Forderung, durch politische Maßnahmen – und zwar nach dem Vorbild Frankreichs im Bereich der Säuglingssterblichkeit – die Bevölkerungsentwicklung nachhaltig zu beeinflussen⁴⁰. Julius Wolf war an der Schnittstelle von Politik und Wissenschaft eine zentrale Figur. Er zählte zu den ersten Wissenschaftlern, die sich vom Paradigma der Überbevölkerung ab- und dem Geburtenrückgang zuwandten⁴¹. Entsprechend stützten sich die Referenten der medizinischen Deputation von 1911 in erster Linie auf Wolfs Werk – seine Expertise zum neu entdeckten Phänomen des Geburtenrückgangs in Deutschland entfaltete große Wirkung.

Das zeigte sich auch in der Denkschrift des Medizinalrats Krohne⁴², in der die Ergebnisse der preußischen Enquête zusammengefasst und nach Kriegsbeginn veröffentlicht wurden. Der Referent für Bevölkerungsfragen der preußischen Medizinalabteilung stellte darin die ermittelten Ursachen für den Geburtenrückgang zusammen und stützte sich im wesentlichen auf Wolfs Argumentation. Unter dem Eindruck des Krieges nahm er allerdings auch neue Deutungsmuster auf. Zum einen wertete er den Kampf gegen den Geburtenrückgang nunmehr als „Kampf der Völker“ untereinander. Zum anderen beschrieb Krohne die Verhältnisse in Frankreich und Deutschland in medizinischen Metaphern. Den Geburtenrückgang in Frankreich beschrieb er als „chronisch gewordene Krankheitserscheinung“, die nicht mehr zu heilen sei, womit der militärische Gegner dem Untergang geweiht schien. Mit der Auffassung, dass der Staat ein „Organismus“ sei, der erkranken kann, verknüpfte Krohne die Diagnose, dass die deutsche Volksseele ebenfalls bereits infiziert, jedoch noch nicht verloren sei. Vor allem aber forderte er die Staatsregierung

38 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Hauptabteilung I, Rep. 76, VIII B, Nr. 2011.

39 Wolf, *Der Geburtenrückgang* (Anm. 33), 179ff.

40 Ebenda, 189ff. und Anhang zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit.

41 Ferdinand, *Geburtenrückgangstheorien* (Anm. 34), 143.

42 Otto Krohne (1868–1928) wurde 1911 Beamter der Medizinalabteilung des preußischen Innenministeriums als Bevölkerungsreferent. Im Jahre 1926 wurde er Leiter der Abteilung für Volksgesundheit des preußischen Volkswohlfahrtsministeriums. In den 20er Jahren arbeitete er nebenamtlich u. a. als Vorsitzender des preußischen Landesausschusses für hygienische Volksbelehrung und als Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene. Zu Krohne: Paul Weinding, *Die preußische Medizinalverwaltung und die „Rassenhygiene“ 1905–1933*, in: *Medizin im Faschismus*, hrsg. von Achim Thom und Horst Spaar; Berlin (Ost) 1985, 48–56, 49.

auf, umfassende Maßnahmen im Bereich des Wohnungswesens, der Empfängnisverhütung, der Säuglingssterblichkeit und der Volksaufklärung zu ergreifen, um den Volkskörper nicht dem Verfall zu überlassen⁴³.

Nach Veröffentlichung der Denkschrift entwickelte sich zwischen dem preußischen Verwaltungsbeamten Krohne und dem Nationalökonom Wolf ein Konkurrenzverhältnis – jeder versuchte, die besten Mittel gegen den Geburtenrückgang zu anzubieten. Der Konflikt entfaltete sich im Rahmen eines Expertennetzwerkes für Bevölkerungsfragen, das eine Interministerielle Kommission und private Vereine umfasste. Krohne war ein zentrales Bindeglied zwischen der preußischen Verwaltung und verschiedenen Expertenkreisen, die sich mit der „Volksgesundheit“ beschäftigten. Er referierte etwa auf Konferenzen der Zentralstelle für Volkswohlfahrt oder des Vaterländischen Frauenvereins⁴⁴. Gleichwohl existierte in den ersten Kriegsjahren ein Abgrenzungsbestreben zwischen dem Innenministerium, dem Krohne angehörte, und privaten Vereinigungen, die Maßnahmen gegen den Geburtenrückgang formulierten. Besonders deutlich zeigte sich dies bei den Versuchen der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungspolitik, in Kooperation mit dem Innenministerium, einen umfassenden Maßnahmenkatalog gegen den Geburtenrückgang durchzusetzen. Julius Wolf gründete die Gesellschaft im Jahre 1915 mit dem Ziel, die „Gesetzgebung und Verwaltung (bei uns) mit populationistischen Rücksichten zu durchsetzen und durchtränken, ähnlich wie sie seit 25 Jahren mit sozialen Rücksichten durchgesetzt worden sind“⁴⁵. Mit anderen Worten ging es Wolf während des Ersten Weltkriegs um eine umfassende Bevölkerungspolitik zur Hebung der „Volkskraft“⁴⁶. Wolf forderte die enge Kooperation von Wissenschaftlern und Politikern zur Bekämpfung des Geburtenrückgangs, wozu es erforderlich sei,

„dass die Vorschläge aus beiläufigen Anregungen zu brauchbaren Gesetzesentwürfen sich verdichten. Das eine wie das andere geht über die Kraft Einzelner weit hin-

43 Krohne, Denkschrift über den Geburtenrückgang und die dagegen vorgeschlagenen Maßnahmen. Bearbeitet im Innenministerium, Berlin 1915, 3, 49, 51, 68; ders., Die Beurteilung des Geburtenrückgangs vom volkshygienischen, sittlichen und nationalen Standpunkt, Leipzig 1914 (Vortrag beim Verein deutscher Studenten), 19, 42f. Zur Intensivierung des Gebrauchs medizinischer Metaphern seit dem Ersten Weltkrieg: Moritz Föllmer, Der „kranke Volkskörper“. Industrielle, hohe Beamte und der Diskurs der nationalen Regeneration in der Weimarer Republik, in: Geschichte und Gesellschaft, 2001/1, 41-67.

44 Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt, München/Leipzig 1916 (Maßnahmen gegen den Krieg), Nr. 50, Spalte 1094f.

45 Rede von Julius Wolf im Preußischen Abgeordnetenhaus vom 18. Oktober 1915. In: Geheimes Preußisches Staatsarchiv, Hauptabteilung I, Rep. 76, VIII B, Nr. 2002.

46 Siehe dazu ausführlicher die Denkschrift von Wolf „Die Mittel moderner Bevölkerungspolitik“, die er am 31. Januar 1916 mit einem Schreiben an das Preußische Innenministerium sandte, in: ebenda.

aus (...) Jedenfalls hängt die Möglichkeit der Erhaltung der Volkskraft ganz und gar von der Möglichkeit der Betätigung einer Organisation in dem bezeichneten Rahmen ab. Die Misserfolge ähnlicher Versuche in Frankreich berechtigen keineswegs zur Skepsis auch für uns. Die Ohnmacht des bloßen Wortes brauchte durch ein Experiment nicht erst bewiesen werden. An uns Deutschen wird es sein, auch hier zu zeigen, dass die Phrase und die schöne Geste bei uns verhältnismäßig tief im Kurse stehen und dass wir durch Organisationskunst und Entschlossenheit zu leisten vermögen, was absterbenden Völkern versagt ist.“⁴⁷

Wolf argumentierte also mit der negativen Erfahrung Frankreichs bei der Bekämpfung des Geburtenrückgangs, die er nicht zuletzt auf die Untätigkeit des Staates zurückführte.

Um sein anspruchsvolles Projekt zu verwirklichen, bemühte sich Wolf um die Unterstützung der Vereinsarbeit durch das Ministerium, allerdings zunächst vergeblich. Offiziell lehnte das Ministerium die Bitte in einem Brief mit der Begründung ab, dass die Ziele des Vereins nicht transparent seien. Inoffiziell, dies vermerkte Krohne in einer Aktennotiz, gab es die Regel, dass keine private Vereinigung zur Bekämpfung des Geburtenrückgangs durch eine Staatsbehörde unterstützt werden dürfe⁴⁸. Vermutlich stand dahinter der Anspruch, das wichtige Feld der Bevölkerungspolitik nicht aus staatlicher Hand zu geben. Dafür spricht auch der Befund, dass Krohne im Juli 1915 eine Ministerialkommission zur Beratung über den Geburtenrückgang einberief, in der (wissenschaftliche) Sachverständige lediglich gezielt „über besondere in der betreffenden Sitzung zu beratende Einzelfragen gutachtlich gehört werden sollten“⁴⁹. Das Ziel der Ministerialkommission bestand darin, ähnlich dem Anspruch von Wolfs Gesellschaft, „eine umfassende Bevölkerungspolitik“ zu entwerfen, die in einer programmatischen Denkschrift dokumentiert werden sollte.

Erst als die Kommission tatsächlich eine eigene Vorlage ausgearbeitet hatte, entschloß sich Krohne zur Kooperation mit privaten Vereinen, wobei die Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungspolitik ausdrücklich betont wurde, der Wolf inzwischen nicht mehr vorstand. Im Juli 1917 legte Krohne schließlich die Denkschrift vor, die in weiten Teilen jener von Julius Wolf ähnelte. Neben den bereits in der Vorkriegszeit geforderten Maßnahmen hatte die Kommission nunmehr der „inneren Kolonisierung“ große Aufmerksamkeit gewidmet. Krohne merkte abschließend zu diesem Punkt an, „dass es auch vom Standpunkt einer gesunden Bevölkerungspolitik als unerlässlich und als eines der wichtigsten Kriegsziele bezeichnet werden

47 Ebenda, 12.

48 Ursula Ferdinand danke ich für den Hinweis, dass man Wolf möglicherweise als Vorstand der Gesellschaft auch deshalb mied, weil er Jude war.

49 Rundschreiben von Krohne an sämtliche Ministerien vom 26. Juli 1915, in: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Hauptabteilung I, Rep. 76, VIII B, Nr. 2000.

muß, beim Abschluß des Friedens umfangreiches Neuland zu gewinnen, das die ausgedehnte Ansiedelung vieler Tausend deutscher Bauernfamilien unter möglichst günstigen Bedingungen ermöglichen würde⁵⁰. Die Aufgabe der Bevölkerungspolitik bestand demnach darin, die Kriegsschäden und den Verlust der Volkskraft zu kompensieren. Das Staatsministerium signalisierte Unterstützung für Krohnes Vorschläge und befürwortete am 17. Juni 1917, im Abgeordnetenhaus einen ständigen Ausschuss für Bevölkerungspolitik einzurichten, der 1918 seine Arbeit aufnahm⁵¹. Nach Kriegsende übertrugen die Väter der Weimarer Verfassung von 1919 in den Artikeln 7 und 8 die Gesetzgebungskompetenz über „Bevölkerungspolitik, Mutterschafts-, Säuglings-, Kinder und Jugendfürsorge“ sowie über das „Gesundheitswesen“ auf das Reich⁵². Damit waren formal die Voraussetzungen für eine Bevölkerungspolitik auf Reichsebene geschaffen.

3. Zusammenfassung

In Frankreich boten medizinische Experten mit der *dépopulation* eine wissenschaftliche Erklärung für das politische Trauma der Kriegsniederlage von 1870, die in den folgenden Jahrzehnten eine große Überzeugungskraft über alle politischen Parteien hinweg erlangte. Das wissenschaftliche Untersuchungsobjekt der „Entvölkerung“ barg eine diffus bedrohliche Dimension – etwa des Verfalls –, die politische Handlungsräume eröffnete. Aus den Expertenkreisen, die sich mit Bevölkerungsfragen beschäftigten, gingen demnach nicht nur verbindliche Deutungen der sozialen Welt, sondern auch Vorschläge zur Gestaltung derselben – etwa auf der Ebene der Säuglingsfürsorge – hervor. Die komplizierten Mehrheitsverhältnisse im französischen Parlament verhinderten allerdings nach 1900 die Implementierung weiterer bevölkerungspolitisch relevanter Gesetze, wie sie in der Kommission von 1902 von verschiedenen Experten gegen die *dépopulation* ausgearbeitet worden waren. Vermutlich trug die Erfahrung des Misserfolgs dazu bei, dass die Expertisen der Verwaltungsbeamten und Wissenschaftler langfristig nicht auf eine umfassende „Bevölkerungspolitik“ hinausliefen. Als Poincaré die Expertenkompetenz in Bevölkerungsfragen im Vorfeld des Ersten Weltkriegs explizit einforderte, blieb sie letztlich – salopp gesagt – ein propagandistischer „Spielball“ der Politik zur Durchsetzung der Heeresvorlage. In diesem Fall

50 Anmerkungen von Krohne ohne Datum (nach der Verhandlung der Ministerialkommission über die Bedeutung der agrarpolitischen Maßnahmen für die Bekämpfung des Geburtenrückgangs vom 21. November 1916), in: ebenda.

51 Erklärung des Staatsministeriums zur Denkschrift vom 17. Juni 1917 und Unterlagen der 20. Kommission des Abgeordnetenhauses (Bevölkerungspolitik), in: ebenda.

52 Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 31. Juli 1919. Nach den Beschlüssen der National-Versammlung in Weimar, Langensalza 1920, 1. Hauptteil.

offenbarte sich besonders deutlich, wie sehr Bevölkerungsfragen emotional aufgeladen waren – die wissenschaftliche Expertise unterstützte hier vor allem ein politisches Gefahrenszenario, das sich mit dem weit verbreiteten Revanchedenken verband. Während des Ersten Weltkriegs gingen von französischen Experten in Bevölkerungsfragen wenig eigenständige Impulse aus; vermutlich, weil sie um die Grenzen ihres Einflusses wussten⁵³.

Darin unterschieden sie sich von ihren deutschen „Kollegen“. In Deutschland beobachteten Wissenschaftler, Verwaltungsbeamte und Politiker über Jahrzehnte hinweg sehr genau die Diskussion in Frankreich über die *dépopulation*, ohne das Phänomen für sich selbst als bedrohlich einzuordnen. Erst ein Jahrzehnt nach dem Einsetzen des Geburtenrückgangs interpretierte man angesichts der Spannungen zwischen den beiden Ländern, auch in Deutschland bzw. vor allem in Preußen die Entvölkerung als nationales Problem. Die preußische Verwaltung orientierte sich, ähnlich wie eine Reihe von Wissenschaftlern des Kaiserreichs, an Deutungen des Geburtenrückgangs in Frankreich, wobei sie diese mit dem Bewusstsein um einen „Zeitvorteil“ einordneten. Seitens der Wissenschaft führte die Deutung zur Planung einer Bevölkerungspolitik, die der Untätigkeit des Staates in Frankreich mit ihren verheerenden Folgen entgegengesetzt wurde. Während des Ersten Weltkriegs griff die preußische Verwaltung die Idee auf. Der Gefahr der Entvölkerung setzte man den Plan einer umfassenden Bevölkerungspolitik entgegen, die im politischen Diskurs während des Krieges nicht nur eine präventive, sondern auch eine expansive Dimension umfasste und damit einen mobilisierenden Charakter hatte. Mehr noch: Der Plan für eine zukünftige Bevölkerungspolitik wurde im Krieg zum Symbol für nationale Einheit, militärische Stärke und vor allem für die Überlegenheit gegenüber Frankreich.

53 Dieser Aspekt wird in Zukunft noch zu präzisieren sein.